

Antrag 63/II/2025**SPD Frauen Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Elterngeld als Gleichstellungsmotor endlich neu starten**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für
 2 eine umfassende Reform des Elterngeldes einzusetzen,
 3 die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten
 4 des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ziel der Reform muss
 5 sein, Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu fördern, fi-
 6 nanzielle Benachteiligungen bei der Aufteilung von Sorge-
 7 und Erwerbsarbeit abzubauen und echte Wahlfreiheit für
 8 alle Familienmodelle zu schaffen. Insbesondere fordern
 9 wir:

11 **1. Gerechte Berechnungsgrundlage für das Elterngeld**
 12 **schaffen**

14 Künftig soll das Elterngeld so berechnet werden, dass es
 15 für Familien finanziell keinen Unterschied mehr macht,
 16 welcher Elternteil die Elternzeit übernimmt. Das gesamte
 17 Nettoeinkommen beider Elternteile soll als Berechnungs-
 18 grundlage herangezogen werden, mit einer sinnvollen De-
 19 ckelung nach oben.

21 Alternativmodelle sind zu prüfen, z. B.:

- 22 • Orientierung des Elterngeldes am bundesdeutschen
- 23 Medianeinkommen
- 24 • Einführung eines höheren Einkommensausgleichs
- 25 (bis 100%) innerhalb einer vertretbaren Höchstgren-
- 26 ze

28 Bestehende Sonderregelungen für Selbständige, Alleiner-
 29 ziehende und Leistungsempfänger*innen bleiben unan-
 30 getastet oder müssen verbessert werden. Mehr-Eltern-
 31 Familienkonstellationen (z. B. gleichgeschlechtliche oder
 32 Patchworkfamilien) sollen künftig gleichberechtigt be-
 33 rücksichtigt werden.

35 **1. Inflationsausgleich und Dynamisierung der Eltern-**
 36 **geldbezugsgrenze**

38 Seit 2007 hat keine Erhöhung, Inflationsausgleich oder
 39 Dynamisierung des Elterngeldes stattgefunden. Seitdem
 40 ist die Kaufkraft um 38 Prozent gesunken. Um dies auszu-
 41 gleichen, soll eine einmalige Sofort-Erhöhung des Eltern-
 42 geldes um stattfinden. Das Elterngeld und die Einkom-
 43 menobergrenze für den Bezug von Elterngeld muss jähr-
 44 lich an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung ange-
 45 passt werden, damit insbesondere der Mittelstand nicht
 46 dauerhaft benachteiligt wird.

1. Flexibilisierung des parallelen Bezugs von Elterngeld

Der derzeit stark eingeschränkte parallele Bezug von Elterngeld durch beide Elternteile soll flexibilisiert werden. Insbesondere in den ersten Lebenswochen nach der Geburt soll der parallele Bezug für mehr als nur einen Monat möglich sein. Ein paralleler Bezug während der Schutzfrist nach der Geburt (Mutterschutz, 6 bis 8 Wochen) soll grundsätzlich ermöglicht werden (siehe auch „Familienschutz“ weiter unten). Wenn der zweite Elternteil sich auf mindestens vier bis sechs Monate Elterngeld festlegt, sollen zusätzliche parallele Bezugsmonate ermöglicht werden.

1. Ausweitung der Partnermonate und Anreize für partnerschaftliche Aufteilung

Die Anzahl der Partnermonate soll deutlich erhöht werden. Ein in anderen Ländern bereits bestehendes „6-6-6-Modell“ (die dritten 6 Monate nur nutzbar durch den jeweils anderen Elternteil) soll hier zum Vorbild genommen werden. Für eine gerechtere Aufteilung der Elternzeit zwischen beiden Elternteilen könnte bei gleichmäßiger Inanspruchnahme ein erhöhter Elterngeldsatz gezahlt werden.

1. Reform der Hinzuverdienstgrenzen beim Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus

Die bisherigen Hinzuverdienstgrenzen sollen abgeschafft oder hilfsweise deutlich angehoben werden. Auch bei höherem Einkommen sollen Eltern den vollen Elterngeldbetrag beziehen können, um Erwerbstätigkeit in Teilzeit nicht länger finanziell zu bestrafen. Die Anhebung der Zuverdienstgrenze auf das jeweilige Vollzeitäquivalent wird geprüft. Insbesondere der Partnerschaftsbonus ist in dieser Form nicht Anreiz genug und zu kompliziert, um die Arbeitsstunden zu reduzieren.

1. Einführung einer Familienstartzeit und Ausbau des Familienschutzes

Die Umsetzung einer Familienstartzeit ist überfällig. Deutschland muss die EU-Richtlinie, nachdem der zweite Elternteil zwei Wochen nach der Geburt bei vollem Lohn von der Arbeit freigestellt werden soll, umsetzen. Es soll eine gesetzliche, umlagefinanzierte Familienstartzeit von mindestens zwei Wochen bei 100 Prozent Lohnfortzahlung für den zweiten Elternteil eingeführt werden. Langfristig ist ein umfassender Familienschutz anzustreben, der beiden Elternteilen bereits vor der Geburt voll bezahlte Freistellung ermöglicht. Die bestehende 100-

101 prozentige Lohnfortzahlung im Mutterschutz soll per-
102 spektivisch auf den zweiten Elternteil ausgeweitet wer-
103 den.

104

105 **1. Gesellschaftlichen Wandel aktiv vorantreiben**

106

107 Das Bundesfamilienministerium wird aufgefordert, breit
108 angelegte Aufklärungs- und Informationskampagnen zu
109 starten, die die Bedeutung partnerschaftlicher Sorgear-
110 beit, die Bindungstheorie und den volkswirtschaftlichen
111 Nutzen gleichberechtigter Elternschaft verdeutlichen.

112 Väter, die keine Care-Arbeit übernehmen bzw. keine oder
113 kaum Elternzeit nehmen, sollen gesellschaftlich nicht län-
114 ger als Normalfall gelten. Gleichberechtigte Sorgearbeit
115 muss zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit wer-
116 den.

117 Ein Kündigungsschutz für den zweiten Elternteil ab Be-
118 kanntwerden der Schwangerschaft soll eingeführt wer-
119 den, um frühzeitige und sichere Planungen auch gegen-
120 über Arbeitgeber*innen zu ermöglichen.

121 Für nicht-traditionelle Familienmodelle, insbesondere
122 gleichgeschlechtliche, Patchwork- und Mehr-Eltern-
123 Konstellationen, sind sämtliche noch bestehenden
124 rechtlichen Hürden beim Elterngeldbezug vollständig zu
125 beseitigen.

126

127 **Begründung**

128 Auch 18 Jahre nach Einführung des Elterngeldes bleibt die
129 tatsächliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwi-
130 schen Männern und Frauen in Deutschland ungleich. Zwar
131 beziehen laut aktuellen Statistiken inzwischen 46 Prozent
132 der Väter Elterngeld – doppelt so viele wie noch vor 15
133 Jahren. Doch der Blick auf die Bezugsdauer zeigt die gan-
134 ze Dimension der bestehenden Ungleichheit: Mütter be-
135 ziehen im Schnitt 11,8 Monate Elterngeld, Väter hingegen
136 nur durchschnittlich 2,8 Monate. Drei von vier Vätern neh-
137 men lediglich die zwei sogenannten Partnermonate in An-
138 spruch.

139

140 Das Ergebnis: In der Mehrzahl der Familien bleibt die
141 Hauptlast der unbezahlten Care-Arbeit bei den Frauen.
142 Dies hat erhebliche negative Folgen für die Einkommens-
143 situation, die berufliche Entwicklung, die Altersvorsorge
144 und die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Frauen
145 arbeiten häufiger in Teilzeit, steigen langsamer auf, haben
146 geringere Rentenansprüche und sind häufiger von Alters-
147 armut betroffen.

148

149 Zugleich verpasst unsere Gesellschaft damit wertvolle
150 volkswirtschaftliche Chancen: Hochqualifizierte Frauen
151 reduzieren Erwerbstätigkeit oder steigen aus dem Beruf
152 aus. Unternehmen verlieren Fachkräfte, die dem Arbeits-
153 markt fehlen. Das Steueraufkommen sinkt, und die Sozi-

154 alversicherungen verlieren Beitragszahler*innen. Eine ge-
155 rechtere Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist also
156 nicht nur eine Frage der Gleichstellung, sondern auch der
157 wirtschaftlichen Vernunft.

158

159 Die derzeitige Berechnungsweise des Elterngeldes ver-
160 stärkt diese Ungleichheit zusätzlich, indem sie häufig den
161 geringer verdienenden Elternteil (oft die Mutter) ökonomisch
162 "belohnt", wenn er oder sie die Elternzeit übernimmt. Statt echter Wahlfreiheit wird einseitig das traditionelle Familienmodell begünstigt.

165

166 Mit der vorgeschlagenen Reform wollen wir als Sozialdemokrat*innen ein zukunftsweisendes Elterngeldmodell schaffen, das Gleichstellung aktiv fördert, wirtschaftliche Nachteile vermeidet, partnerschaftliche Elternschaft stärkt und auch die Vielfalt heutiger Familienformen voll anerkennt. Gleichzeitig trägt ein gut ausgestattetes, gerechtes Elterngeld dazu bei, dass ergänzende Sozialleistungen (z. B. Wohngeld, Kinderzuschlag, Kindergrundsicherung) in vielen Fällen gar nicht mehr erforderlich werden, weil Familien von Anfang an ausreichend abgesichert sind.

177

178 Ein modernes Elterngeld ist eine Investition in Gleichstellung, Wohlstand, Fachkräftesicherung, Kindergesundheit und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit.